

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Generalsekretariat VBS

3003 Bern

15. November 2006

Revision 09 der Militärgesetzgebung

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme und macht davon gerne Gebrauch. Im Grossen und Ganzen werden die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen von unserer Seite her unterstützt.

MG, Art 41 Abs 3 Ausbildungsdienste im Ausland

Die EVP Schweiz unterstützt die neu geschaffene Möglichkeit, die Milizangehörigen der Armee zu sechswöchigen Ausbildungseinsätzen im Ausland verpflichten zu können. Wer eine effiziente Armee will, darf diese Chance für eine gute Ausbildung nicht ausschlagen. Selbstverständlich ergeben sich Probleme, wenn die Arbeitnehmenden ihren Betrieben 6 Wochen lang nicht zur Verfügung stehen. Aber erstens betrifft dies nach der Verkleinerung der Bestände nicht mehr so viele Personen. Zweitens sendet die Wirtschaft ihre Leute ebenfalls ins Ausland.

MG, Art 47 Abs 4 Ausbildungsdienste und Einsätze im Ausland

Diese Pflicht zu Ausbildungseinsätzen im Ausland muss auch für das militärische Personal gelten. Mit den geplanten Auslandseinsätzen im Friedensförderungs- und Assistenzdienst steigt das Ausbildungsniveau der Berufskader.

MG, Art 66 Abs 4 und 5 Parl. Genehmigungsverfahren Friedensförderung

Für die EVP ist unumstritten, dass der Bundesrat Einsätze zur Friedensförderung teilweise in eigener Kompetenz beschliessen kann, wie es das revidierte Gesetz vorschlägt. Da es sich um Einsätze handelt, sind diese freiwillig und die Milizangehörigen können nicht zur Teilnahme gezwungen werden. Insofern ist die Kompetenzerhöhung gerechtfertigt.

MG, Art 70 Abs 2 und 3

Parl. Genehmigungsverfahren Assistenzdienst

Auch die Kompetenzerhöhung des Bundesrates betreffend Assistenzdiensten wird von der EVP mitgetragen.

MIG Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme

Die EVP begrüsst die Schaffung eines Bundesgesetzes über die militärischen Informationssysteme. Damit liegt eine Übersicht der Systeme und Datenbanken vor. Gleichzeitig ist sich die EVP bewusst, dass in diesen Systemen teils sehr sensible Daten erhoben werden.

BZG, Art 73a Abs 1 Gewerbliche Tätigkeiten

In diesem Absatz muss „Zivilschutz“ durch „Bevölkerungsschutz“ ersetzt werden und der Text muss lauten:


„Die für den Bevölkerungsschutz zuständige Stelle des Bundes kann Dritten gewerbliche Leistungen erbringen, wenn diese Leistungen:

- a. mit den Hauptaufgaben der Stelle in einem engen Zusammenhang stehen;
- b. keine zusätzlichen sachlichen und personellen Mittel erfordern; und
- c. die Erfüllung der Hauptaufgaben nicht beeinträchtigen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier